



NIEDERSCHRIFT

über die

12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur
am 22.03.2022

04.04.2022

Tagungsort: Ratssaal, Berliner Straße 202, 14547 Beelitz

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 20:07 Uhr

Anwesenheit:

Vorsitzender

Frau Heike Buttgerit

von der Verwaltung

Frau Antje Lempke

Mitglieder

Frau Jacqueline Borrmann
Herr Hartwig Frankenhäuser
Frau Sandra Haase
Herr Jürgen Jakobs
Frau Irene Krause
Frau Petra Rimböck

Sachkundige Einwohner

Frau Jutta Bellin
Frau Maria Koppenhagen
Herr Gert Schlarbaum
Frau Madlen Mennecke

Protokollführer

Frau Stefanie Ahlfeld

Gäste

Herr Dr. Winfried Ludwig
Frau Dorina Spahn

Frau Buttgerit eröffnet die Sitzung mit der Begrüßung der Gäste und erinnert an die derzeitigen Cora-Regeln.

Anschließend bittet Sie den Ausschuss darüber abzustimmen, die anwesenden Gäste zu dem Tagesordnungspunkt 1.4 bereits mit einzubeziehen.

Die Mitglieder nehmen den Vorschlag einstimmig an.

Abstimmungsergebnisse			
anwesend	ja	nein	Enthaltung
7	7	0	0

Frau Buttgerit eröffnet die Einwohnerfragestunde und stellt fest, dass es keine Fragen oder Anmerkungen gibt.

Niederschrift

zur 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur am
22.03.2022

ZU TOP 1.1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Frau Buttgerit stellt die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

ZU TOP 1.2 Bestätigung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der 12. Sitzung des Ausschusses

Beschlusstext:

Der Tagesordnung des öffentlichen Teils der 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur wird ohne Änderungen zugestimmt.

Tagesordnung

zur 12. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur am
22.03.2022

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff		
	öffentlicher Teil		
1.1.	Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit		
1.2.	Bestätigung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der 12. Sitzung des Ausschusses		
1.3.	Bestätigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der 11. Sitzung des Ausschusses		
1.4.	Beratung über Änderungen und Ergänzungen zur neuen Elternbeitragssatzung der Stadt Beelitz		
1.5.	Anfragen und Mitteilungen		
Abstimmungsergebnisse			
anwesend	ja	nein	Enthaltung
7	7	0	0

ZU TOP Bestätigung der Niederschrift des

Frau Bellin merkt an, dass Sie sich zur 11. Sitzung des Ausschusses im Vorfeld entschuldigt hat.
Sie wird als entschuldigt vermerkt.

Im TOP 1.3 wird neben Frau Borrmann, Frau Krause als Anmerkende ergänzt.

Beschlusstext:

Der geänderten Niederschrift zur 11. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Bildung und Kultur wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnisse			
anwesend	ja	nein	Enthaltung
7	7	0	0

ZU TOP 1.4 Beratung über Änderungen und Ergänzungen zur neuen Elternbeitragssatzung der Stadt Beelitz

Frau Buttgerit merkt an, dass die Anmerkungen des Kitaausschusses der Kita Borstel mit in die heutige Vorlage eingearbeitet wurde.

Herr Frankenhäuser fragt, ob die Voraussetzungen einer kinder- und familienfreundlichen Kommune erfüllt sind.

Frau Buttgerit stellt eine Folie mit Informationen zu den Haushaltsauswirkungen und weiteren Fakten vor. (Anlage 1)

Frau Hahn merkt an, dass sich die Beiträge auf Grund der Vorgaben vom Landkreis verschieben. Ausgangsdaten ihrer Beispielrechnung: Betreuungszeit 9h, KiGa, 1 Kind, 3.400 € HHE → statt 180 €, dann 285 € bei 12 Monaten.

Frau Buttgerit stellt genau dieses Thema zur Diskussion (beitragsfreier Monat).

Herr Jakobs erklärt, dass untere Schichten nicht belastet werden können und höhere Schichten schon belastet sind. Durch die Stadt werden bereits pro Monat pro Kind 150 € zum Kita-Platz bezuschusst; dies entspricht einem Volumen von ca. 100.000 €; es könne nicht erwartet werden, dass die Zuschüsse noch höher werden. Die Kitabetreuung würde sich auf 13,50 € pro Tag belaufen, hierfür bekommt man keine private Kinderbetreuung. Ziel ist natürlich ein Gleichgewicht zu schaffen. Mit der entworfenen Elternbeitragssatzung werden ca. 75 % der Familien entlastet.

Frau Koppenhagen betitelt dies als Milchmädchenrechnung. 100 € pro Monat sind für den Mittelstand problematisch. Die Stadt versucht zwar fair zu bleiben, aber die Erhöhung kann sich der Mittelstand nicht leisten. Frau Koppenhagen kritisiert das Land Brandenburg (keine Beitragsbefreiung) und fordert eine gerechtere Verteilung.

Frau Lempke weist auf eine gerechte Grundlagenberechnung hin, da vom Nettoeinkommen das Mindesteinkommen abgezogen wird und von dieser Differenz nur ein prozentualer Anteil angerechnet wird. Somit zahlt jeder den gleichen Anteil von dem,

was er finanziell zur Verfügung hat.

Frau Lempke erklärt die Elternbeitragstabellen und den Höchstbeitrag:

- Die 50€-Staffelung wurde 2015, entgegen den Empfehlungen des Landkreises, beschlossen.
- Das Kitagesetz unterscheidet die Anzahl der Kinder auf Grundlage eines bestimmten Faktors.
- Der Mittelstand wird schnell belastet, da der Höchstbeitrag recht niedrig ist und somit sehr schnell erreicht wird.

Frau Rimböck hat Erläuterungsbedarf. Der Höchstbeitrag ist recht niedrig, was sehr komfortabel ist, aber warum wird dieser nicht erhöht!?

Frau Lempke erklärt, dass es drei Vorschläge zu den Elternbeitragstabellen gab, sich letztendlich für die haushaltsneutrale Variante entschieden wurde; Grundlage bildete der Juli 2020.

Herr Jakobs geht davon aus, dass die Erhöhung vielleicht zwei Familien betreffen wird; haushalterisch ist das nicht zu empfehlen.

Herr Jakobs und Frau Rimböck diskutieren kurz über das Thema Höchstbeitrag.

Frau Buttgerit erinnert an die Redeordnung.

Frau Buttgerit zeigt die Verteilung der Be- und Entlastung der Familien anhand der Präsentation aus dem letzten Ausschuss auf.

Herr Frankenhäuser merkt an, dass bereits 2015 mit Frau Thinius verhandelt wurde. Der beitragsfreie Monat war eine politische Entscheidung. Jetzt haben wir die gleiche Situation.

Frau Hahn bedankt sich für die Möglichkeit der Mitsprache und stellt sich als Elternvertreterin im LK Potsdam-Mittelmark vor. Sie merkt an, dass dies fast überall diskutiert wird, dass man das Vorgehen von Frau Thinius hinterfragen sollte und geht erneut auf die Umverteilung der Beiträge ein. Der Landkreis müsse stärker in die Verantwortung genommen werden.

Frau Lempke erklärt die Formalien zur Beitragsbefreiung beim Landkreis.

Frau Hahn bitte zu überlegen, ob das Antragsverfahren beim Landkreis erleichtert werden kann; eventuell sollte man über einen neuen Ansatz nachdenken, der neue Optionen bietet.

Frau Buttgerit bedankt sich und nimmt die Anregung gerne auf. Sie lobt die Leistung von Frau Lempke, wobei Sie sich dem Lob von Frau Hahn anschließt.

Herr Dr. Ludwig merkt an, dass in Bezug auf die Anträge beim LK eventuell eine neue Stelle geschaffen werden muss. Er geht nochmal auf die Elternbeitragstabellen ein.

Frau Lempke schlägt vor, gemeinsam Parameter festzulegen und legt zur nächsten Sitzung Diagramme vor, aus denen die Anzahl der Familien hervorgeht.

Frau Buttgerit weist darauf hin, dass kein Zeitdruck besteht und daher weiterhin die Möglichkeit, gemeinsam eine zufriedenstellende Elternbeitragsatzung zu erarbeiten.

Frau Kaiser stimmt den Anmerkungen von Frau Hahn in Bezug auf den Landkreis zu.

Anschließend bedankt Sie sich bei der Staffelung der Betreuungszeiten, da diese Fahrtwege berücksichtigen. Sie mahnt aber an, dass nach der neuen Elternbeitragstabelle die 1-Kind-Familien einer höheren Belastung ausgesetzt werden.

Frau Spahn fragt an, ob es möglich ist, dass eine Erhöhung des Höchstbeitrages keinen Einfluss auf den Mittelstand hat.

Frau Lempke bestätigt dies und zeigt anhand der Mustertabelle des Landkreises auf, dass andere Parameter geändert werden müssen.

Frau Hahn befürwortet die Änderung der Parameter. Sie stimmt Herrn Jakobs zu, man müsse aber an die Geringverdiener denken.

Sie kommt noch mal auf die Entlastungsprogramme zurück:

Entlastete Familien werden noch mehr entlastet und der Mittelstand belastet.

Frau Buttgerit stellt die Frage in den Raum: Wie bekommen wir es besser hin? Sie bittet darum, die Anzahl der betroffenen Elternhäuser zu berücksichtigen.

Frau Reinhold fragt, weshalb die Diskussion des beitragsfreien Monats erneut aufgemacht wurde, wenn es 2015 festgelegt wurde. Warum werden die Vorgaben vom Landkreis umgesetzt?

Frau Lempke erwiderte, dass das Kitagesetz noch nie einen beitragsfreien Monat vorgesehen hat. Es war eine politische Entscheidung, welche vom Land so nicht vorgesehen ist. Ein direkter Vergleich ist nur ohne Berücksichtigung eines beitragsfreien Monats sinnvoll.

Frau Buttgerit kündigt zur besseren Vergleichbarkeit neue Elternbeitragstabellen an.

Frau Lempke weist darauf hin, dass der Wegfall des beitragsfreien Monats haushalterische Auswirkungen haben wird.

Frau Buttgerit teilt mit, dass sich der Mehrbedarf bei einem beitragsfreien Monat auf 88.100 € beläuft.

Frau Rimböck fordert eine faire Satzung und regt an, den Landkreis mit ins Boot zu holen. Sie bekräftigt die Gleichstellung der Anzahl der Kinder im Verhältnis zum Einkommen.

Frau Buttgerit erkundigt sich bei Frau Hahn, wie man an den Landkreis herankommt und ob man hier gemeinsam agieren könnte.

Frau Borrmann regt an, eventuell eine Arbeitsgruppe zu bilden, da noch eine Menge abzuklären ist.

Frau Buttgerit gibt den Antrag zur Abstimmung in den Ausschuss.

Herr Dr. Ludwig merkt an, dass die Kitaausschüsse beteiligt werden sollten.

Frau Buttgerit gibt den Hinweis, dass Frau Lempke als Kontaktperson bekannt war, um eventuelle Fragen zur Elternbeitragssatzung zu erläutern. Die Unterlagen zur neuen Elternbeitragssatzung gingen in die Ausschüsse und wurden auch an den Elternbeirat kommuniziert.

Frau Bellin rät, dass man sich erst beim Landkreis erkundigen sollte, was möglich ist und dann eine Arbeitsgemeinschaft bildet.

Frau Buttgerit und Frau Hahn dementieren dieses Vorgehen, da es bereits konkrete Gesetze hierzu gibt.

Frau Buttgerit bittet den Ausschuss um Abstimmung für eine Arbeitsgemeinschaft:

Abstimmungsergebnisse			
anwesend	ja	nein	Enthaltung
7	6	0	1

Beschlusstext:

Der Ausschuss spricht sich mehrheitlich für die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft aus.

Frau Buttgerit schlägt vor, dass sich die AG aus der Verwaltung, Frau Hahn, den Kitaausschüssen und ihr selbst zusammensetzt. Da sich unter den Gästen Kitaausschüsse, Kitaleiter/innen und Eltern befinden, bittet Sie darum, die Information in die Einrichtungen zu geben.

Frau Buttgerit schlägt den 26.04.2022 um 18.00 Uhr (Ratssaal) als ersten Sitzungstermin für die AG vor; dem Vorschlag wird zugestimmt.

Frau Buttgerit übergibt die Informationsvorschläge zur Überarbeitung an die AG und schließt den Tagesordnungspunkt.

ZU TOP 1.5 Anfragen und Mitteilungen

Frau Buttgerit stellt Frau Vogt von der Verwaltung vor, die die Thematik ukrainische Flüchtlinge erörtert.

Frau Lempke und Frau Hahn erklären kurz, was „Beelitz Hilft“ bislang organisiert hat und weshalb die Verwaltung Personal abstellt.

Frau Vogt informiert über die aktuelle Flüchtlingssituation:

- Aktuell sind ca. 172 Personen in 53 Unterkünften untergebracht.
- Auf dem gesamten Stadtgebiet sind ca. 83 Erwachsene und 90 Kinder in private Unterkünfte aufgenommen worden
- Die Registration ist so gut wie abgeschlossen
- Im März sind bereits Hilfe-Zahlungen erfolgt
- Bereits organisiert sind Begrüßungsgruppen, Newsletter, Spielplatztreffen
- Die Thematik Kindergarten und Schulen befindet sich in der Abklärung
 - o Die Aufnahme in den Schulbetrieb stellt sich problematisch dar, da nicht die Stadt Träger ist
- Informationen vom Landkreis sind wenig aussagekräftig und nicht effektiv

Frau Buttgerit geht auf die Notwendigkeit der Unterstützung vom Landkreis ein. Auf Grund der noch andauernden Pandemie und dem damit verbundenen Personalmangel ist derzeit eh in vielen Einrichtungen nur eine Notbetreuung möglich. Trotzdem betont sie die Wichtigkeit, ukrainische Kinder in den Kindertagesstätten und Schulen zu integrieren.

Auch die Eröffnung der Landesgartenschau am 14. April sieht sie als Gelegenheit, Flüchtlinge mit einzubeziehen. Dieses möchte sie im LAGA-Beirat vorstellen.

Frau Koppenhagen fragt nach, welchen Druck die Stadt auf die Schulen (Ministerium) ausüben könne.

Frau Buttgerit erwidert, leider keine.

Frau Haase gibt einen kleinen Abriss über die Schulsituation:

- Räumlichkeiten wären da
- Keine personellen Kapazitäten
- Mehrere Überlegungen im Kollegium-Kreis

Herr Schlarbaum ist der Meinung, dass die Unterstützung keine Dauerlösung ist und erkundigt sich, wie die Aufnahme abläuft. Er sieht Probleme in der Sprache sowie in der Psyche der Geflüchteten. Er möchte wissen, wo die Gastfamilien herkommen.

Frau Koppenhagen geht auf die Fragen von Herrn Schlarbaum ein. Sie gibt einen kurzen Einblick über die Situation am Berliner Bahnhof (erste Flüchtlings-Welle)

- es ist vergleichbar mit „Biete-Suche“. Es stellte sich eine unübersichtliche Situation dar und auch Helfer vor Ort waren überfordert.

Aktuell ist das Dorfgemeinschaftshaus erste Anlaufstelle. Hier erhalten die ankommenden Flüchtlinge zu jeder Tag- und Nachtzeit Getränke und Verpflegung. Es werden die persönlichen Daten aufgenommen und im Anschluss erfolgt die Weitervermittlung an Gastfamilien. Hier ist keine Übernachtungsmöglichkeit vorgesehen. Die Gastfamilien erhalten derzeit keine finanzielle Unterstützung. Diese erfolgt zum Beispiel über die „Tafel“ und Spenden.

Frau Hahn ergänzt die Ausführungen:

- Zentrale Aufnahmestelle ist in Eisenhüttenstadt; nicht funktional, da zu weit weg
- Der touristische Status der Flüchtlinge (90 Tage) sorgt dafür, dass Gastfamilien Flüchtlinge aufnehmen
- Flüchtlinge werden direkt am Bahnhof eingesammelt und mitgenommen → sehr problematisch, da die Registration fehlt
- Bei den geflüchteten Familien steht die Kinderbetreuung der 0 bis 3-Jährigen derzeit nicht im Vordergrund. Bei den 4 bis 6-Jährigen erfolgt aktuell eine Bedarfsermittlung
- Auch eine Beschulung ist aktuell nicht notwendig, da die Beschulung über Homeschooling läuft, was sehr gut organisiert wurde

Frau Buttgerit bedankt sich für die ausführliche Erörterung bei Frau Hahn und das Engagement. Frau Buttgerit bietet an, eventuell Unterstützung bei digitalen Endgeräten leisten zu können (Verleihung) und teilt mit, dass es bereits Angebote der Stadt gibt, Räumlichkeiten zur Bildung von Spielgruppen zur Verfügung zu stellen.

Herr Iwanow erkundigt sich nach der Versicherungs-Situation in Bezug auf die Unterbringung von Flüchtlingen.

Frau Hahn teilt mit, dass dies gerade durch die kommunale Versicherung geprüft wird. Aktuell betrifft diese Anfrage nur das Dorfgemeinschaftshaus Zauchwitz und hier sind Flüchtlinge immer unter Aufsicht.

Neue Informationen gibt „Beelitz Hilft“ über den Newsletter bekannt.

Herr Jakobs ergänzt, dass es zukünftig Pauschalen für Gastfamilien geben soll und

bestätigt die Problematik der Bürokratie in Bezug auf Schule und Arbeit.

Frau Kramer fügt noch an, dass es sich bei den Flüchtlingen um Kinder und Mütter handelt; die Väter sind in der Ukraine. Sie verweist bei Problemen in der Kommunikation auf den Google-Übersetzer; dieser ist praktisch.

Frau Buttgerit bittet die Verwaltung zu prüfen, ob mobile Endgeräte bereitgestellt werden könnten.

Frau Koppenhagen schlägt vor, bei Mediamarkt oder Saturn nachzufragen.

Frau Buttgerit rät davon ab. Das Prozedere ist sehr umständlich.

Frau Buttgerit bedankt sich für die vielen Informationen und erkundigt sich nach weiteren Fragen und Mitteilungen.

Herr Schlarbaum bedankt sich im Namen „Kindersorgen-Sorgenkinder“ für die Jahreskarten für die Mitarbeiter in der Begegnungsstätte Berliner Straße. Er möchte in Bezug auf die Sporthalle am Gymnasium wissen, ob die Entscheidung zur Größe nicht Aufgabe der Stadtverordneten sei.

Herr Schlarbaum merkt an, dass die Bedarfsermittlung Diskussionsgrundlage sein sollte; das ist nicht passiert. Im Hauptausschuss wurden nur noch die Fakten präsentiert.

Frau Buttgerit nimmt die Anmerkungen zur Kenntnis und schließt die Sitzung um 20:07 Uhr. Sie bedankt sich bei den Anwesenden für ihr Kommen.

Heike Buttgerit
Vorsitz

Stefanie Ahlfeld
Protokollant